

„Zeit und Geld werden knapp“

Landesgartenschau 2023: Stellungnahmen von FDP und AfD

Höxter (WB). Zur Debatte um die Landesgartenschau 2023 und die Ablehnung einer Verschiebung der Pläne wegen der Corona-Krise äußern sich FDP und AfD.

Die FDP Höxter unterstützt uneingeschränkt die Durchführung der Landesgartenschau 2023. Den Liberalen ist klar, dass der Stadt durch die Corona-Pandemie, wegen wegbrechender Einnahmen auf der einen und Mehrbelastungen auf der anderen Seite, finanziell schwierige Zeiten bevorstehen. Die in der Ratssitzung vom Kämmerer und Mitarbeitern der Verwaltung vorgelegten Zahlen und Perspektiven würden eine eindeutige Sprache sprechen: Höxter drohen unter Umständen hohe Defizite. In dieser Situation sei es wichtig und richtig, dass der Landtagsabgeordnete Matthias Goeken in der Ratssitzung auf Drängen Düsseldorf eine Entscheidung für oder gegen die LGS forderte, so dass Planungssicherheit hergestellt werden konnte. Dass die Entscheidung nur mehrheitlich und nicht einstimmig ausgefallen sei, stellt für die Liberalen kein Problem dar.

„Dass die SPD-Fraktion bezüglich der LGS ein unsicherer Kantonnist ist, der mal mehr oder weniger dafür oder dagegen war, ist allseits bekannt. Andererseits darf man die von Herrn Böhler angesprochenen Probleme und Risiken

auch nicht ganz als unbegründet abtun. Sie sind durchaus berechtigt – und niemand weiß, wie sich die finanzielle Situation in Höxter entwickeln wird. Darauf muss man hinweisen dürfen. Eine Verschiebung um ein weiteres Jahr würde unserer Ansicht nach aber keine Verbesserung der Situation darstellen“, stellt FDP-Stadtverbandsvorsitzender Dr. H.-Jürgen Knopf klar.

„Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern Höxters auch klar sagen, dass es durchaus zu Mehrbelastungen durch Erhöhung kom-

munaler Steuern oder Abgaben kommen kann. Ein Sparen oder Verschieben von Investitionen, wie von der CDU angesprochen, kann unter Umständen nicht ausreichen“, ergänzt FDP-Ratsmitglied Martin Hillebrand.

Die Liberalen halten die sich aus der Durchführung der LGS ergebenden Vorteile dagegen für gewichtiger: Ein 30 Millionen Euro-Paket bedeute für die Kernstadt Höxter und die Gemeinden ein Investitionspaket, das ohne LGS für die Region nicht vorstellbar gewesen wäre. Entscheidend sei jetzt,

dass die verantwortlichen Gremien in Ruhe arbeiten und das Projekt LGS realisieren könnten. „Wir Liberalen erwarten eine zügige Umsetzung, denn die Zeit wird langsam knapp“, so der stellvertretende Vorsitzende Martin Kreuzer mit Blick auf lediglich noch drei verbleibende Jahre bis zur Eröffnung der LGS.

Die AfD in Höxter sieht die Bedenken, die sie zum Beschluss des Haushaltes der Stadt Höxter im Januar geäußert hat, angesichts der in der Corona-Krise einbrechenden Steuereinnahmen bestätigt.

„Seit Jahren betreiben die im Stadtrat vertretenen Parteien eine unverantwortliche Haushaltspolitik. Für teure Prestigeprojekte, deren Erfolg noch in den Sternen steht, allen voran die Landesgartenschau, riskiert man das erneute Abrutschen in die Haushaltssicherung. Die Gartenschau muss auf den haushaltspolitischen Prüfstand und zumindest im Umfang stark eingeschränkt werden, um die finanzielle Handlungsfreiheit der Stadt zu erhalten“, erläutert AfD-Stadtverbandsvorsitzender Elia Sievers die Position der Partei.

Die AfD befürchtet, dass der bereits beschlossenen Steuererhöhung angesichts des vom Kämmerers prognostizierten finanziellen Schadens von 12,5 Millionen Euro weitere folgen könnten.



Die Weserpromenade in Höxter soll zur Landesgartenschau 2023 neu gestaltet werden.